



Agnieszka Brugger

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abrüstungspolitische Sprecherin der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Reisebericht Mali 2.- 4. April 2013



[Im Gespräch mit den MitarbeiterInnen der UNOM und dem Ständigen Vertreter der deutschen Botschaft]

"Lieber einmal sehen als tausendmal hören" - dieses malische Sprichwort ist mir bei meinen Gesprächen in Mali gleich mehrfach begegnet. Das Sprichwort trifft dabei natürlich in der Regel auf nahezu jede Reise zu: Der persönliche Blick auf die Lage vor Ort, die zahlreichen Gespräche, das Erleben der Atmosphäre und die Zwischentöne sind immer unersetzbar. Aber im Fall Mali hat das Sprichwort für mich eine ganz besonders große Bedeutung bekommen. Ebenso sehr aber auch die Feststellung eines Gesprächspartners, dass BesucherInnen in der Regel mit mehr Fragen als Antworten aus Bamako abfliegen. Die Situation in Mali ist sehr komplex, das Land ist simultan mit mehrere Krisen konfrontiert, die sich gegenseitig überlappen, bedingen und verstärken. Die Sicherheitslage, Konflikte entlang ethnischer Zugehörigkeiten, politische wie wirtschaftliche Probleme, organisierte Kriminalität und Terrorismus – all diese Faktoren machen es nicht einfach, die Lage in Mali zu verstehen und schon gar nicht eine schnelle und einfache

Lösung für diese zu finden. Trotzdem hat es mich sehr beeindruckt viele Menschen in Mali zu treffen, die trotz der Rückschläge und der riesigen Herausforderungen nicht verzweifeln, sondern sich mit viel Hoffnung für eine friedliche und demokratische Zukunft Malis einsetzen.

Meine Reise vom 2. bis 4. April führte mich nach Bamako und Koulikouro.



[Zu Besuch beim Bürgermeister und Gemeinderat in Sangarebougou, Besichtigung eines GIZ-geförderten Dezentralisierungsprojektes]

Ich hatte die Möglichkeit neben Mitgliedern der malischen Regierung, Parlamentariern, gewählten RepräsentantInnen der Nordregionen sowohl mit deutschen und französischen DiplomatInnen und Militärs, als auch mit UN-, ECOWAS-, EUTM- und EU-VertreterInnen über die politische Situation und die immensen Herausforderungen, vor denen Mali derzeit steht, zu sprechen. Außerhalb der Hauptstadt Bamako konnte ich das Ausbildungslager der EUTM-Mission in Koulikouro besuchen und ein von der GIZ gefördertes Dezentralisierungsprojekt der Gemeinde Sangarebougou

besichtigen. Im Rahmen dieses Projektes hatte ich auch die einzigartige Möglichkeit eine malische Familie zu treffen, die 15 aus dem Norden des Landes geflohenen Familienmitglieder bei sich aufgenommen hat. Eine Reihe von Gesprächen mit der malischen Zivilgesellschaft, u.a. mit Frauenrechtlerinnen, UmweltaktivistInnen, anderen lokalen und regionalen NGO-VertreterInnen, JournalistInnen, und Termine mit deutschen EZ-VertreterInnen verdeutlichten wichtige Aspekte und eröffneten auch Einblicke in die immensen Herausforderungen von Seiten der Zivilgesellschaft. Über Rohstoffabbau und dessen wirtschaftliche Bedeutung für Mali, ökologische und sozio-ökonomische Folgen und Fragen nachhaltiger Rohstoffgovernance am Beispiel von Goldabbau sowie Spekulationen über Uranabbau im Land konnte ich sowohl mit dem Minister für Bergbau und Minen, Mr Amadou Baby Sy, als auch mit Vertretern eines Goldminenbetreibers und Umweltaktivisten sprechen. Außerdem traf ich einen Repräsentanten einer globalen Initiative für mehr Transparenz im Rohstoffabbau-Sektor. Das Anliegen der AktivistInnen, ein Plastiktütenverbot in Mali durchzusetzen, machte uns sofort zu natürlichen Verbündeten.

Themen, die sich wie ein roter Faden durch die Gespräche zogen, waren insbesondere die Flüchtlingsfrage und die schwierigen Bedingungen einer baldigen Rückkehr der Flüchtlinge in den Norden. Außerdem spielten die für Juli anvisierten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und die Anforderungen an einen notwendigen Aussöhnungs- und Dialogprozess inklusive der Aufarbeitung und Untersuchung von Menschenrechtsverbrechen eine große Rolle. Die immensen Herausforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der schwierige Kampf für mehr Frauenrechte und die

Folgen insbesondere sexualisierter Gewalt und das Leid von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen wurden ebenfalls thematisiert. Menschenrechtliche Aspekte wurden in jedem Gespräch diskutiert und als große Herausforderung insbesondere bei den Bemühungen der Flüchtlingsrückkehr, der Sicherheitssektorreform, einer möglichen zukünftigen VN-Mission und der EUTM-Ausbildungsmission sowie des Aussöhnungsprozesses benannt und identifiziert.

Flüchtlingsfrage

Die Situation der Flüchtlinge in Mali ist dramatisch, geschätzt gibt es nahezu eine halbe Millionen Flüchtlinge, die im Zuge von islamistischer Unterdrückung, wegbrechender Staatlichkeit und allgemeiner Unsicherheit besonders im Laufe des Jahres 2012 sowie der seit Januar 2013 laufenden Militäroperation aus dem Norden geflohen sind. Der Umgang Malis mit dieser Situation ist aber in gewisser Weise auch einzigartig, denn die malische Bevölkerung bewältigt die Problematik der Binnenflüchtlinge zum größten Teil eigenständig, indem bspw. Familien im Süden des Landes fliehende Familienangehörige aus dem Norden bei sich aufnehmen. Die Situation in den Flüchtlingslagern der Nachbarländer ist unübersichtlich. Mauretanien, Niger und Burkina Faso sind die wichtigsten Anlaufländer für malische Flüchtlinge. Die Rekrutierung von KindersoldatInnen in den Lagern wird v.a. in Mauretanien befürchtet.



[Bewegende Momente bei der Familie in Sangaréougou, die 15 geflüchtete Familienangehörige aus dem Norden aufgenommen hat]

Das Gespräch mit der Familie in Sangaréougou, die unter ohnehin schwierigen Lebensbedingungen und auf kleinstem Raum 15 Familienangehörige aus dem Norden aufgenommen hat, war beispielhaft für alle Gespräche, die während der Reise das Thema der Flüchtlinge aufwarfen: Der Wunsch, so schnell wie möglich in die Heimat zurückzukehren, ist allgegenwärtig und wird mit viel Leidenschaft geäußert, aber das Wissen um die Sicherheitslage und die große Enttäuschung angesichts der Zerstörung der Heimat machen für die allermeisten Flüchtlinge eine Rückkehr derzeit unmöglich. Die Grundvoraussetzungen für die Möglichkeit, das zurückgelassene Leben weiterzuführen bzw. neu aufzubauen, sind derzeit kaum gegeben: Die lokale Infrastruktur ist zerstört. So ist die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt, viele soziale Leistungen sind weggefallen, auch nur ein Minimum an Sicherheit und jedwede staatliche Autorität fehlen. Die Situation in den einzelnen Nordregionen ist dabei allerdings durchaus unterschiedlich und erst die nächsten Monate werden zeigen, ob eine schrittweise Rückkehr der staatlicher Autorität, insbesondere der Präfekten und der Gendarmerie,

zumindest in einige Städte und die Peripherie einen ersten Schritt zur Normalisierung ermöglicht. Insbesondere in Mopti scheint dies ansatzweise schon zu funktionieren. In Timbuktu und Gao wird die Gefahr der Infiltration durch islamistische Kämpfer als hoch eingeschätzt (kurz vor unserer Ankunft ist es auch zu Selbstmordattentaten u.a. in Timbuktu gekommen), während Kidal ganz im Norden weiterhin komplett unzugänglich bleibt. Als notwendige Anreize für die Rückkehr der Bevölkerung wurden mir gegenüber immer wieder Sicherheitsgarantien (Angst vor Racheakten), grundlegende soziale Leistungen, Wiedereröffnung der Schulen und die Sicherstellung der Stromversorgung genannt.

Politische Lage, Staatsaufbau und Wahlen

Die politische Elite hat angesichts der Krise in Mali und der großen Verteilungskonflikte kaum Rückhalt in weiten Teilen der Bevölkerung und bleibt in die beiden Lager der „Putschisten“ und „Anti-Putschisten“ gespalten. Im kommenden Wahlkampf ist eher nicht zu erwarten, dass ein Akteur das Konzept einer Aussöhnung mit dem Norden vorantreiben wird, viel eher werden voraussichtlich scharfe Töne gegenüber dem Norden und den dort lebenden Bevölkerungsschichten, insbesondere den Tuareg, zu vernehmen sein. Wiederholt werden in den Gesprächen das mangelnde Vertrauen in die staatlichen Institutionen und die Schwäche der politischen Strukturen thematisiert, ebenso werden die Verteilungskonflikte zwischen Bamako und den Regionen, oder auch zwischen dem Süden und dem Norden Malis kritisch angesprochen. Dabei werden immer wieder eine intensivere Dezentralisierung und eine Stärkung der lokalen Gebietskörperschaft gefor-

dert, die aber auch mit der Forcierung der zentralstaatlichen Gewalt und good governance einhergehen sollte.



[Toller Austausch mit dem Bürgermeister von Sangaréboucou zu guter Regierungsführung auf lokaler Ebene]

Der angesetzte Termin für die erste Runde der Präsidentschaftswahlen – der 7. Juli 2013 – und die anschließenden Parlamentswahlen wurden von nahezu allen GesprächspartnerInnen als schwierig einzuhalten bezeichnet. Die größten Probleme zeigen sich bei der Wählerregistrierung, der Finanzierung und etlicher prozeduraler Fragen, u.a. in der Parteienlandschaft und der Frage der Kandidatur einiger aktueller administrativer Köpfe (jetzige Amtsinhaber sollen nicht kandidieren dürfen). Auch die Frage einer angemessenen Repräsentanz von Frauen im zukünftigen Parlament wird noch diskutiert und muss entschieden werden. So fordert die UN für die Wahlen eine Frauenquote von 30% im malischen Parlament. Auch wenn die Bedeutung baldiger Wahlen und damit das Zustandekommen einer legitimen malischen Regierung von allen Seiten unterstrichen wurde, so bestehen doch immense organisatorische Probleme, so dass einige Zweifel an einer ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen und damit auch ihrer Legitimität und Nachhaltigkeit bestehen. Eine Wahl, bei der die Möglich-

keiten der Stimmabgabe für die Menschen in den Nordregionen extrem eingeschränkt sein wird und bei der die nahezu 500.000 Flüchtlinge (sowohl die Binnenvertriebenen als auch diejenigen in Flüchtlingslagern außerhalb des Landes in Mauretanien, Niger und Burkina Faso) de facto ihr Wahlrecht nicht ausüben werden können, kann kaum eine politische Einheit des Landes schaffen.

Die Bedenken gegenüber dem jetzigen Zeitplan scheinen daher angebracht, schließlich kann das erklärte Ziel der Wahlen - eine nachhaltige Stärkung malischer staatlicher Autorität - nur dann erreicht werden, wenn diese gerecht, fair und transparent abgehalten werden. Trotzdem sind legitime Wahlen die Grundlage für die Entwicklung staatlicher Autorität und eine entscheidende Voraussetzung für weitere internationale politische wie finanzielle Unterstützung durch die Gebergemeinschaft an eine malische Regierung. Aufgrund der großen Herausforderungen im Norden des Landes und angesichts der kaum in den nächsten Monaten zu lösenden Flüchtlingsproblematik ist jedoch ebenso sehr zu hinterfragen, ob eine Verschiebung der Wahlen um wenige Wochen oder einige Monate die Probleme tatsächlich lösen würde. Die Wahlen sollten also so früh wie möglich, aber nicht auf Kosten von Gerechtigkeit, Fairness und Transparenz durchgeführt werden. Sie sind notwendig, um eine legitime malische Regierung zu ernennen, können jedoch nur der Beginn einer komplexen neuen Übergangsphase hin zu einer stabilen Regierung in Bamako sein und dürfen nicht als alleiniges Allheilmittel angesehen werden. Sie können, wenn sie fair verlaufen und das Ergebnis breit akzeptiert wird, Auftakt in einem demokratischen Prozess sein. Es ist allerdings derzeit nicht zu erwarten, dass sich jen-

seits der zwei bestehenden politischen Lagern, der „Putschisten“ und „Antiputschisten“, eine dritte Kraft formieren und etablieren kann, die für einen neuen Aufbruch steht.

Aussöhnung und Menschenrechte

Ein nachhaltiger Aussöhnungsprozess wurde ebenso wie die Durchführung der Wahlen von allen GesprächspartnerInnen als Grundbedingung eines starken, einheitlichen malischen Staates betont.



[Interessante Einblicke bei der Diskussion mit gewählten Repräsentanten aus dem Norden]

Die Kommission zur Aussöhnung und zum Dialog, die durch die vom Parlament beschlossene politische Roadmap vorgesehen und nun durch die Ernennung der ersten Mitglieder vom Übergangspräsidenten ins Leben gerufen wurde, wurde in ihrer Reichweite bzw. Zielsetzung teilweise kritisch kommentiert, bzw. als unzureichend für die Herausforderungen gesellschaftlicher Aussöhnung bezeichnet. Die Einrichtung der Kommission

scheint jedoch ein erster Schritt in die richtige Richtung zu einem nachhaltigen Aussöhnungsprozess zu sein. Ein wirklicher Dialog kann jedoch nur aus der malischen Gesellschaft heraus entstehen und muss unbedingt auch auf regionaler und lokaler Ebene stattfinden. Als entscheidendes Kriterium wurde mir gegenüber immer wieder erwähnt, dass Aussöhnung unter keinen Umständen mit Straflosigkeit einhergehen darf und dass ein Dialog nur auf Basis einer gemeinsamen Wahrheitsfindung, also der gründlichen Aufarbeitung mutmaßlicher Verbrechen, entstehen kann und mit Entwaffnung und einer gerechten Bestrafung der Täter einhergehen sollte. Die Schwierigkeit der Untersuchung von Verbrechen zeigt ganz besonders, wie wichtig eine starke menschenrechtliche Komponente für jedes weitere VN-Engagement ist und dass dafür externe BeobachterInnen dringend benötigt werden. Die VN verfolgt aufgrund der Schwierigkeit des Nachweises und der eingeschränkten Bewegungsfreiheit derzeit einen sog. „konservativen“ Ansatz, indem nur über die Vorkommnisse schriftlich berichtet wird, die tatsächlich bewiesen werden können. Neben juristisch belastbarer Nachweisführung und Wahrheitsfindung stellt die Schwäche der Justiz besonders durch Kapazitäts- und Expertisemangel einerseits, aber auch durch einen weit verbreiteten Unwillen der Richter, gegen das malische Militär zu ermitteln, die nächste große Herausforderung für Bemühungen einer *transitional justice* dar.

Sicherheit



[Im Gespräch mit den deutschen SoldatInnen bei der EUTM-Ausbildungsmission in Koulikouro]

Einen guten Gesamteindruck hinsichtlich des Umgangs mit den komplexen militärischen Herausforderungen im Land ergaben Briefings der kommandierenden französischen Generäle der Operation Serval (General de Saint Quentin) und der EUTM-Ausbildungsmission (General Lecointre), ein Mittagessen mit der Bundeswehr-Beratergruppe der spezialisierten Pionierausbildung, die Deutschland im Rahmen von EUTM ausführen wird, und ein Gespräch mit dem Ecowas-Sondergesandten, Aboudou Touré Cheaka, in Bamako. Die Lage im Norden des Landes bleibt sehr unübersichtlich, was vor allem auf den sehr eingeschränkten Zugang zur Region und eine mangelnde Aufklärung und Transparenz der französischen und afrikanischen Militäroperationen zurückzuführen ist. Während zumindest von militärischer Seite Erfolge über die islamistischen und seperatistischen Kräfte aus den Regionen Mopti, Gao und Timbuktu gemeldet werden, bleibt große Unklarheit in Bezug auf die Sicherheitslage in Kidal, welches unter Kontrolle der MNLA und bei kompletter Abwesenheit der französischen und der

malischen Armee „in Ruhe gelassen“ wird. Ein stillschweigendes Abkommen scheint zwischen den französischen Streitkräften auf der einen Seite und der MNLA auf der anderen Seite zu herrschen, so dass von französischer Seite der Flughafen von Kidal strategisch genutzt werden kann, solange die Stadt selber nicht betreten wird. Die Zukunft der Region und Stadt Kidal bleibt jedoch ein entscheidender Punkt für die nachhaltige Stabilisierung und wird auf Dauer nicht weiter ignoriert werden können wie bisher. Verhandlungen mit der MNLA scheinen hier unumgänglich.

Während sich die französische Militäroperation im Norden gegen die direkte Gefahr für die Sicherheit richtet und als solche weitestgehend begrüßt wird, so wird von allen Seiten anerkannt, dass die komplexeren Herausforderungen in der nachhaltigen Stärkung und dem Aufbau eines Sicherheitsapparates liegen und damit nicht allein auf den Norden konzentriert sind. Hierzu leistet die Ausbildungsmission EUTM nach Ansicht aller GesprächspartnerInnen einen wichtigen, wenn auch nur auf den schnellen Aufbau einiger einsatzfähiger Bataillone beschränkten, Beitrag. Es ist zu erwarten, dass der Zeithorizont von 15 Monaten, in denen die Einheiten sich jeweils 11 Wochen in Ausbildung befinden, für einen nachhaltigen und spürbaren Beitrag nicht ausreichen wird. Die Beratung und de facto Neuaufstellung der Kommandostrukturen und Kommandokette der malischen Streitkräfte wird als die größere Herausforderung für EUTM gesehen, da es eine grundlegende Reform der Streitkräfte und die sensible und angesichts der Konfliktlinien schwierige Aufgabe der Unterordnung der malischen Armee unter die politische Kontrolle erfordert.

Weitere Herausforderungen der EUTM sind außerdem die Situation von Ausstattung und Ausrüstung, die Bereitstellung der sog. *force protection* und die Personalverwaltung inklusive eines gründlichen Untersuchungsprozesses bei der Rekrutierung (*vetting*). Der deutsche Beitrag wurde immer wieder dankend erwähnt – wobei die bereitgestellten Transportkapazitäten von zwei Transall C-160 Maschinen für die Ecomog-Truppen teilweise als unzureichend bezeichnet wurden. Bei der Besichtigung der EUTM-Mission in Koulikoro beeindruckte die Professionalität und Schnelligkeit, mit der man unter schwierigen klimatischen und infrastrukturellen Bedingungen die Mission begonnen hat. Dennoch ist ein Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Infrastruktur für die SoldatInnen festzustellen, beispielsweise hinsichtlich der Befestigungen angesichts der kommenden Regenzeit, der Betreuungskommunikation sowie der sanitären Situation. Unser Besuch fiel auf den zweiten Ausbildungstag nach Eintreffen des ersten auszubildenden malischen Bataillons. Der deutsche Beitrag zur Pionierausbildung wird erst nach der Grundausbildung beginnen, der Aufbau des Lazaretts ist abgeschlossen und es ist beachtlich, wie schnell es hier gelungen ist, eine funktionierende Infrastruktur zu schaffen.

Im Zusammenhang mit der Stabilisierung des Nordens wird der Übergang zu einer möglichen UN-Peacekeeping-Mission diskutiert. Gleichzeitig wird innerhalb der EU erörtert, das Engagement der EU im Rahmen der Sicherheitssektorreform um eine Komponente zur Polizeiausbildung zu erweitern.



[Im EUTM-Headquarter, Gespräch zur Konzeption der Ausbildungsmission]

Eine VN-Friedenstruppe wird von allen AkteurInnen weitgehend begrüßt, einige MalierInnen befürchten jedoch einen voreiligen Rückzug der französischen Truppen bei gleichzeitiger Schwäche einer VN-Truppe. Ein robustes Mandat nach Kapitel VII der VN-Charta ist die einhellige Forderung. Ob eine VN-Truppe jedoch die Anforderungen einer komplexen, robusten Militäroperation im Norden des Landes eigenständig erfüllen kann, wird sowohl von der Zusammenstellung der truppenstellenden Staaten als auch der Bereitschaft zu umfassender logistischer und finanzieller Unterstützung, Ausstattung und Training abhängen. Auch sind die politischen Sensibilitäten der Region und die damit einhergehenden Anforderungen an eine ausgewogene und neutrale VN-Truppenzusammenstellung nicht zu unterschätzen.

Dass EUTM einen wichtigen, aber nur beschränkten Beitrag zum Aufbau des Sicherheitsapparates leisten kann, ist ebenso allgemein geteilte Ansicht. Derzeit werden in Bezug auf eine mögliche zivile GSVP-Mission drei Optionen diskutiert, wie im Rahmen einer Sicherheitssektorreform die Polizei-

ausbildung konzeptionell ausgestaltet werden könnte: Erweiterung/Ausdehnung von EUCAP-Niger, eine zusätzliche Komponente zu EUTM oder eine eigenständige Mission. Letztere scheint wünschenswert, um eine klare Trennung zwischen Militär und Polizei zu gewährleisten und keine überdehnte Mission EUCAP-Niger zu produzieren.

Entwicklungspolitische Perspektiven

Die ohnehin schwierige wirtschaftliche Entwicklung des Landes bewegt sich durch die prekäre Sicherheitslage im Norden immer stärker in einem Teufelskreis. Während gerade zum jetzigen Zeitpunkt volle Fahrt voraus für Entwicklungshilfe und wirtschaftlichen Aufbau gelten müsste, leiden die malischen NGOs, nationale und internationale Durchführungsorganisationen und sämtliche EntwicklungshelferInnen jedoch unter einer starken Einschränkung ihrer Arbeitsmöglichkeiten.



[Besuch bei einer topmotivierten Schulklasse in Sangarébougué]

Vielen Akteuren ist der Zugang zur Nordregion derzeit nicht möglich. Auch die internationale Gemeinschaft in Bamako und im Süden wird aufgrund verständlicher staatlicher Sicherheitsbedenken in ihrer Bewegungsfreiheit und damit ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Personal wird aufgrund der volatilen und unübersichtlichen Lage auch nicht in angebrachtem Maße aufgestockt.

Die Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Deutschlands mit der aktuellen malischen Regierung wurde sehr begrüßt und als wichtiges Zeichen gewertet. Auch wenn Deutschland die bevölkerungsnahen Zusammenarbeit nie ganz eingestellt hat, so ist die Aussicht auf eine komplette Wiederaufnahme des entwicklungspolitischen Portfolios ein wichtiger Schritt. Große Aufmerksamkeit bekommt die für den 19. Mai geplante Geberkonferenz in Brüssel, zu der der französische Staatspräsident Hollande erwartet wird. Die EU-Delegation stellt in diesem Rahmen klare Erwartungen an direkte Budgethilfe, eine Forderung, der Deutschland erfahrungsgemäß unter BM Niebel sehr skeptisch gegenüber steht. Bei allen entwicklungspolitischen Bemühungen wurde mir gegenüber immer wieder die Forderung seitens der EntwicklungshelferInnen vor Ort geäußert, dass es erstens eine starke und klare Geberkoordinierung geben muss, um nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, und dass es zweitens keinen einseitigen Fokus auf den Norden geben darf, sondern Hilfe ausgewogen im ganzen Land ankommen muss. Angesichts der Vielzahl der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure in diesem Bereich erscheinen – auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen in anderen Krisenregionen – ein abgestimmtes Konzept und Koordination erforderlich. Im Bezug auf die Fragen des Rohstoffabbaus haben wir bei staatlichen wie zivilgesellschaftli-

chen Akteuren, Fragen der Transparenz, des Umweltschutzes, der Einbindung der lokalen Bevölkerung und der Nachhaltigkeit diskutiert.